

# Antrag auf Änderung der Vornamen

Az.: \_\_\_\_\_

Die Erhebung der Daten erfolgt aufgrund der Vorschriften des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen. Auskunft über diese Gesetze (z. B. Fundstellen) können Sie bei der Namensänderungsbehörde erhalten.

Hiermit wird beantragt, den (die) Vornamen \_\_\_\_\_ (bisherige(r) Vorname(n))  
in den (die) Vornamen \_\_\_\_\_ zu ändern.

## I. Person, deren Vorname(n) geändert werden soll(en):

Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname		
Geburtstag und -ort, Standesamt und Nr. <sup>1</sup>		
Hauptwohnung, ggf. auch Nebenwohnung (PLZ, Ort, Straße und Hausnummer)		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>	Familienstand	Geschäftsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Kennzeichen und Führungsort des Fam. Buches: Bei Ledigen Fam. Buch d. Eltern: Bei anderen Fam. Buch d. eig. (ggf. letzten) Ehe (falls nicht angelegt) Tag und Ort der Eheschließung:		

## II. Begründung des Antrags:

## III. Beteiligte, die zu hören sind (Nr. 60 in Verb. mit Nrn. 9 bis 12 und 18 (1) Buchst. d NamÄndVwV):

Lfd. Nr.	Name und Anschrift, Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller	Stellungnahme Ja – Nein	Blatt Nr.

<sup>1</sup> Bei Geburt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes ist nach einer Beurkundung beim Standesamt I in Berlin zu fragen.

**IV. Antragsteller:**

Die unter I. genannte Person in eigener Sache.

Name und postalische Anschrift von Personen, die bisher nicht genannt sind:

in der Eigenschaft als  Eltern  Vater  Mutter  Vormund/Pfleger/Betreuer<sup>1</sup> der unter I. genannten Person.

Als Antragsteller versichere ich – versichern wir –, daß ein Antrag auf Namensänderung

bisher noch nicht gestellt worden ist

am \_\_\_\_\_ bei \_\_\_\_\_

gestellt und wie folgt beschieden worden ist<sup>2</sup> \_\_\_\_\_

Mir – Uns – ist bekanntgegeben worden, daß für die Bewilligung, die Zurücknahme und die Ablehnung des Antrags auf Änderung der (des) Vornamen(s) eine Verwaltungsgebühr erhoben werden kann.

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der (des) Antragsteller(s)

Aufgenommen durch

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des aufnehmenden Beamten

<sup>1</sup> Nur bei Geschäftsunfähigen oder wenn ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1903 BGB angeordnet ist.  
<sup>2</sup> Die Wiedergabe des Wortlauts erübrigt sich, wenn der Bescheid beigefügt wird. Ggf. ist auf den beiliegenden Bescheid hinzuweisen.

**V. Nachweise:**

1. Nachweise nach Nr. 17 NamÄndVwV  
Regelmäßig vom Antragsteller zu beschaffen

- 1.1 Zur Staatsangehörigkeit (Rechtsstellung) für die im Antrag erfaßte Person (Nr. 17 Buchst. c)
  - 1.11 Personalausweis oder Reisepaß
  - 1.12 Urkunde über den Erwerb/Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit
  - 1.13 Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher
  - 1.14 Reiseausweis oder Eintrag der Ausländerbehörde im Paß oder Paßersatz oder amtliche Bescheinigung gemäß § 2 Abs. 1 FlüchtlMaßnG

1.15 \_\_\_\_\_

- 1.2 Zum Wohnsitz (Nr. 17 Buchst. d)
  - 1.21 Aufenthaltsbescheinigung der Meldebehörde
  - 1.22 Angaben über den Aufenthalt oder gewerbliche Niederlassung in den letzten 5 Jahren

- 1.3 Zum Personenstand (Nr. 17 Buchst. e)
  - 1.31 Begl. Abschr. des Geburtseintrags
  - 1.32 Begl. Abschr. des Familienbuches
  - 1.33 Begl. Abschr. des Heiratseintrags
  - 1.34 Bescheinigung über Namensänderung
  - 1.35 Kirchl. oder andere beweiskr. Bescheinigungen

1.36 \_\_\_\_\_

- 1.4 Führungszeugnis nach § 30 Bundeszentralregistergesetz für über 14 Jahre alte Personen (Nr. 17 Buchst. f)
- 1.5 Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bei Antrag durch Vormund, Pfleger oder Betreuer (Nr. 17 Buchst. g)
- 1.6 Vormundschaftsgerichtliche Anhörung bei beschr. Geschäftsfähigen über 16 Jahre (Nr. 17 Buchst. h) oder Geschäftsfähigen, für die ein Betreuer bestellt ist und ein Einwilligungsvorbehalt angeordnet ist (§ 2 (2) NamÄndG)
- 1.7 Einkommensnachweis, falls verlangt
- 1.8 Nachweis über Besitz der elterlichen Sorge
- 1.9 Bescheid über frühere Entscheidung in einem Namensänderungsverfahren (Nr. 17 Buchst. i)

2. Nachweise nach Nr. 18 NamÄndVwV  
Von der Verwaltungsbehörde zu beschaffen

- 2.1 Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis (Nr. 18 Buchst. a)
- 2.2 Auskunft der zuständigen Polizeidienststelle bei über 14 Jahre alten Personen (Nr. 18 Buchst. b)
- 2.3 Stellungnahme des zuständigen Jugendamts bei Stief- oder Pflegekindern (Nr. 18 Buchst. c)
- 2.4 Stellungnahme der Beteiligten (Nr. 18 Buchst. d)
- 2.5 Auskunft des Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (Nr. 18 Buchst. e)

2.6 \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Es werden beigelegt für:	Blatt Nr.																		
<p>Beispiele für Eintragungen in dieser Spalte</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">Für (Person zu I des Antrags)</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">oder kürzer: Zu I:</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>1.11 Reisepaß</td> <td style="text-align: center;">1.11</td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td>1.21 Besch. der Meldebeh.</td> <td style="text-align: center;">1.21</td> <td style="text-align: center;">2</td> </tr> <tr> <td>1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.</td> <td style="text-align: center;">1.31</td> <td style="text-align: center;">3</td> </tr> <tr> <td>1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch</td> <td style="text-align: center;">1.32</td> <td style="text-align: center;">4</td> </tr> <tr> <td>1.4 Führungszeugnis</td> <td style="text-align: center;">1.4</td> <td style="text-align: center;">5</td> </tr> </table>	Für (Person zu I des Antrags)	oder kürzer: Zu I:		1.11 Reisepaß	1.11	1	1.21 Besch. der Meldebeh.	1.21	2	1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.	1.31	3	1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch	1.32	4	1.4 Führungszeugnis	1.4	5	
Für (Person zu I des Antrags)	oder kürzer: Zu I:																		
1.11 Reisepaß	1.11	1																	
1.21 Besch. der Meldebeh.	1.21	2																	
1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.	1.31	3																	
1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch	1.32	4																	
1.4 Führungszeugnis	1.4	5																	

**VI. Verfügung der Verwaltungsbehörde zur weiteren Vorbereitung des Antrags (Nr. 18 Abs. 1 NamÄndVwV):**

Die zu verwendenden Vordrucke 16/753 und 16/754 können durchgeschrieben werden.

Die Verantwortung dafür, wer als Beteiligter zu dem Antrag zu hören ist, liegt bei der entscheidenden Behörde.  
Die den Antrag aufnehmende Behörde sollte jedoch in Amtshilfe die Anschriften der Beteiligten feststellen; sie kann diese auch anhören.  
Gleiches gilt für Anfragen an die nachgenannten Stellen.

Anfragen an:<sup>1</sup>

- Amtsgericht (Schuldnerverzeichnis) – vgl. 2.1 – für alle volljährigen Antragsteller zuständig für den Wohnsitz – vgl. 1.21 –, bei Fehlen eines Wohnsitzes für den Aufenthalt oder eine gewerbliche Niederlassung innerhalb der letzten fünf Jahre – vgl. 1.22 (Vordr. 16/753).  
Amtsgericht
- Polizeidienststelle – vgl. 2.2 – für alle über 14 Jahre alten Personen, deren Name geändert werden soll, zuständig für den jeweiligen Wohnsitz – vgl. 1.21 (Vordr. 16/753).  
Polizeidienststelle
- Jugendamt – vgl. 2.3 –, wenn der Name eines Stief- oder Pflegekindes geändert werden soll (Vordr. 16/753).  
Jugendamt
- Beteiligte zur Anhörung zu dem Anhang – vgl. 2.4 (Vordr. 16/754).  
Beteiligte zu
- Standesamt I in Berlin, Rückerstraße 9, 10119 Berlin – vgl. 2.5 – wenn eine Person, deren Name geändert werden soll, nicht im Geltungsbereich des Gesetzes geboren worden ist (Vordr. 16/753).

Erledigt am:	Rückantwort am:

Datum

Unterschrift

Behörde:

Ort, Datum

**Urschriftlich** mit allen Unterlagen  
der zuständigen Verwaltungsbehörde

überreicht mit folgender Stellungnahme:

Unterschrift: \_\_\_\_\_

<sup>1</sup> Es empfiehlt sich, jeweils den Abschnitt – ggf. auch die Nummer – anzugeben, unter dem die Person aufgeführt ist, für die eine Behörde angeschrieben oder an die ein Schreiben gerichtet werden soll.